

Verteidigt die Pressefreiheit – Solidarität mit Dr. Nikolaus Brauns

Dr. Nikolaus Brauns arbeitet als freiberuflicher Journalist u.a. für die Tageszeitungen „junge Welt“ und „Neues Deutschland“. Er hat in der Vergangenheit wiederholt kritisch über die Arbeit der Münchner Polizei sowie über rechts-extreme Umtriebe in Bayern berichtet.

Am 2. Juni 2005 befand sich Nikolaus Brauns im Auftrag der „jungen Welt“ in der Gaststätte „Waldfrieden“ in München-Laim. Dort fand zur gleichen Zeit ein Treffen der NPD zur Wahlkampf-vorbereitung statt. An diesem Treffen nahmen führende bayerische NPD-Mitglieder teil, u.a. der Bezirksvorsitzende Roland Wuttke und der wegen gefährlicher Körperverletzung vorbestrafte Führer der „Kameradschaft München“ Norman Bordin. Nikolaus Brauns beabsichtigte, über dieses Treffen zu berichten und weitere Hintergründe zu recherchieren.

Im weiteren Verlauf betrat auch eine Gruppe von Antifaschisten die Gaststätte

und brachte ihren Protest gegen die Versammlung der NPD zum Ausdruck. Es kam zur Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten. Dabei gingen auch zwei Glasscheiben zu Bruch. Die Antifaschisten verließen schon nach sehr kurzer Zeit den „Waldfrieden“ wieder. Nikolaus Brauns blieb weiterhin dort und die eintreffende Polizeistreife nahm seine Personalien als Zeuge auf.

In derselben Nacht wurde Nikolaus Brauns um 3 Uhr vor seiner Wohnung von bereits seit mehreren Stunden wartenden Polizeibeamten in Zivil festgenommen. In der nachfolgenden Vernehmung durch den Staatsschutz wurde gegen Nikolaus Brauns der Vorwurf erhoben, der Organisator des antifaschistischen Protests in der Gaststätte Waldfrieden gewesen zu sein. Die Polizei wertet das als schweren Hausfriedensbruch und schweren Landfriedensbruch. Selbst laut eigener Pressemitteilung stützt sich der Staatsschutz dabei auf die

Aussage eines stadtbekanntem Rechtsextremisten.

Ohne richterlichen Durchsuchungsbeschluss wurde Nikolaus Brauns Wohnung durchsucht. Angesichts der Tatsache, dass zwischen der Auseinandersetzung im Waldfrieden und der Durchsuchung ca. acht Stunden vergangen waren und somit genug Zeit zur Einholung einer richterlichen Entscheidung bestand, widerspricht das Vorgehen von Staatsschutz und Staatsanwaltschaft einschlägigen gerichtlichen Entscheidungen. Bei der Durchsuchung wurden nahezu sämtliche Arbeitsmittel des Journalisten Nikolaus Brauns beschlagnahmt: PC, Laptop, Mobiltelefon, CDs, Disketten, Terminkalender, Notizbücher und weitere schriftliche Aufzeichnungen. Diese Arbeitsmittel wurden bislang nicht zurückgegeben.

Fortsetzung S. 15

Wir fordern daher die Münchner Polizei und Staatsanwaltschaft auf:

- ☞ das Verfahren gegen Dr. Nikolaus Brauns sofort einzustellen, da es lediglich auf den falschen Anschuldigungen stadtbekanntem Neonazis basiert
- ☞ unverzüglich alle beschlagnahmten Arbeitsmittel des Journalisten Dr. Nikolaus Brauns zurückzugeben
- ☞ Schadensersatz für den Verdienstausschlag von Dr. Nikolaus Brauns zu leisten
- ☞ Richtigstellung der offenkundig falschen Aussagen der Polizeipressestelle über Dr. Nikolaus Brauns gegenüber Presse und Öffentlichkeit.
- ☞ Die Sicherheitsbehörden mögen erklären, wie sie angesichts der offenen Drohungen gegen Dr. Nikolaus Brauns dessen Unversehrtheit von Leib und Leben zu schützen gedenken.

Bitte richten Sie Ihre Proteste an:
Staatsanwaltschaft München I, PF 80997 München
Telefon: 089/5597-4828, Telefax: 089/55974131

Polizeipräsident Dr. Wilhelm Schmidbauer
Polizeipräsidium München
Ettstraße 2 80063 München
Tel.: 089/2910-0 Fax: 089/2910-4528
E-Mail: ppmuc@polizei.bayern.de

Kopien der Protestfaxe und Solidaritätserklärungen bitte
an E-Mail: pressfreiheit2005@web.de

Dieser Aufruf wird unterstützt von:

Rote Hilfe e.V., Redaktion „junge Welt“ und Verlag 8. Mai (Berlin); Regionalgruppe Düsseldorf der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V.; Pahl-Rugenstein Verlag (Bonn); Deutscher Freidenker Verband e.V. Ortsverband München; Redaktion Kurdistaninfo.com; Deutsch-Kurdische Gesellschaft e.V.; Medienbüro für Menschenrechte e.V. (Delmenhorst); Kurdisch-Deutscher Freundschaftsverein (München); Azadi – Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland (Düsseldorf)

SOMMER 2005

preis 1€

Ausgabe 2

■ Das Wunder von Berlin

■ Wie links ist Oskar?

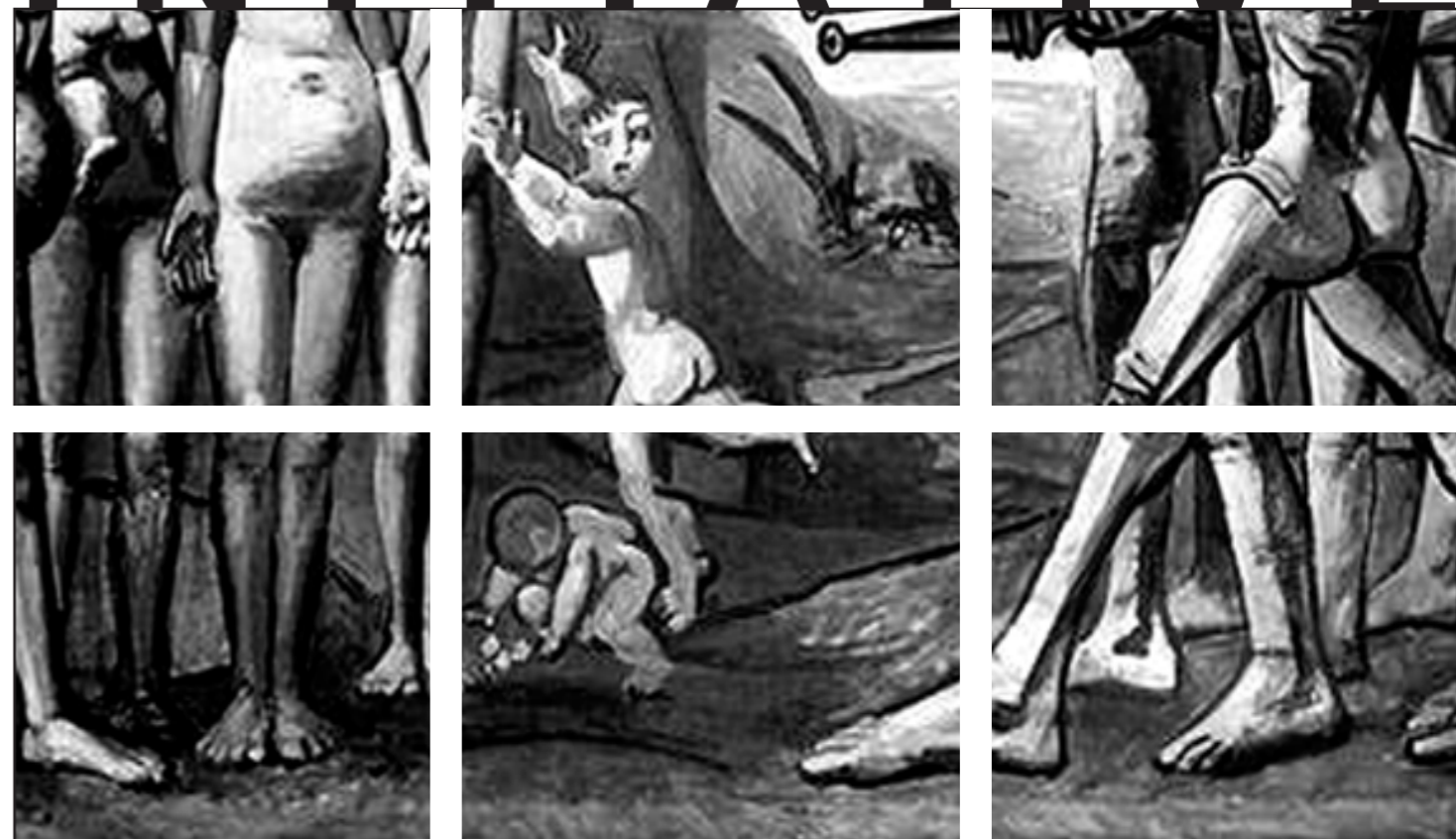
■ Terror und Staatsterrorismus

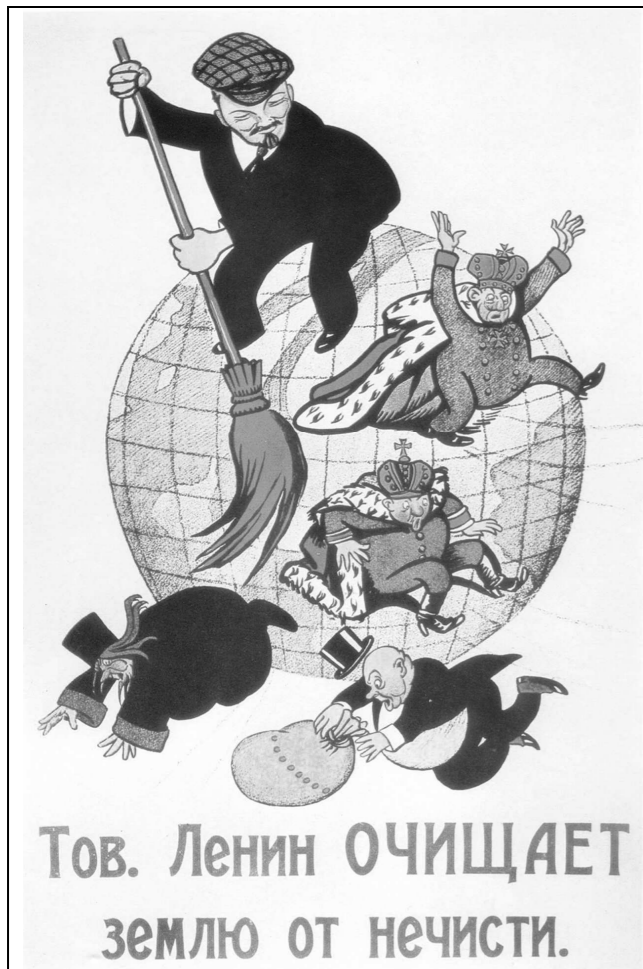
■ Reformistische Besserwisserei

■ Welche Zukunft hat Europa



MARXISTISCHE INITIATIVE





Liebe Leserinnen und Leser,

die vorliegende Ausgabe der „Marxistischen Initiative“ steht ganz im Zeichen der kommenden Bundestagswahl. Unser Leitkommentar setzt sich mit dem Delirium einstmals radikaler Linker angesichts lockender Parlamentssitze auseinander. Wir untersuchen, ob die Linkspartei-PDS mit Oskar Lafontaine und Gregor Gysi an der Spitze wirklich eine linke Alternative ist und hinterfragen die Behauptung, der Neoliberalismus ließe sich auf reformistischem Weg zurückdrängen. Mit Illusionen in eine Reformierbarkeit der Europäischen Union setzen wir uns ebenfalls auseinander. Denn wir sind der Meinung, nicht ein anderes, sondern ein sozialistisches Europa ist möglich.

In unserer Rubrik „Aus der Marxistischen Initiative“ informieren wir unter anderem über eine Tagung von Marxisten unterschiedlicher Tradition zur Aktualität eines Übergangsprogramms.

Anlässlich der Bombenanschläge in London und der Ermordung eines unschuldigen Brasilianers durch die britische Polizei bringen wir zwei Kommentare zum Thema Terror und Staatsterrorismus.

Auf unseren Kulturseiten beschäftigen sich unsere Kolumnisten mit dem Phänomen des „patriotischen“ Rap und dem Versuch der bürgerlichen Soziologie, die Arbeiterklasse verschwinden zu lassen. Für unsere türkischsprachigen Leserinnen und Leser haben wir aus unserer Partnerzeitung Devrimci Isci einen Artikel mit Hintergrundanalysen zur Wahl übernommen.

Wir erinnern an den 65. Todestag des Revolutionärs Leo Trotzki, der am 20. August 1940 im Mexikanischen Exil von einem Agenten Stalins mit dem Eispickel ermordet wurde.

Zuletzt wollen wir unsere Leserinnen und Leser auf eine Solidaritätskampagne mit dem Journalisten Nikolaus Brauns hinweisen. Während die Polizei aufgrund von Beschuldigungen eines Neonazis sämtliche Arbeitsmaterialien des Journalisten beschlagnahmt hat und wegen angeblichen schweren Landfriedensbruchs ermittelt, wird er von Neonazis bedroht.

Aktuelle Informationen und Artikel der Marxistischen Initiative gibt es übrigens immer auf unserer Homepage www.ak-marxismus.de, die wir gemeinsam mit dem Arbeitskreis Marxistische Theorie und Politik Berlin-Brandenburg betreiben.

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern eine interessante Lektüre und hoffen wie immer auf zahlreiche Mitstreiterinnen und Mitstreiter im Kampf für Sozialismus und Frieden.

Redaktion Marxistische Initiative

Inhalt:

Im Delirium – Die Linke und die Wahl ... S.3

Wie links ist Oskar? ... S.3

Reformistische Besserwisseri ... S.6

Aus der Marxistischen Initiative ... S.7

Terror und Staatsterrorismus ... S.9

Almanya`da siyasi durum ... S.10

Avrupa`daki Türkiyeli Devrimciler Ne Yapmalı? ... S.11

Das Wunder von Berlin – Der neue deutsche Rap ... S.12

Vater, wo bist du? Vom Verschwinden der Arbeiterklasse ... S.13

Welche Zukunft hat Europa? ... S.14

Vor 65 Jahren wurde Leo Trotzki von Stalins Agenten ermordet ... S.15

Verteidigt die Pressefreiheit – Solidarität mit Dr. Nikolaus Brauns ... S.16

Impressum:

Herausgeber: Marxistische Initiative München.
 Verantwortlicher Redakteur / V.i.S.d.P. :
 N. Brauns, Germaniastr. 3, 80802 München.
 Eigendruck im Selbstverlag. Kontakt: E-Mail
marxini@gmx.net

Vor 65 Jahren wurde Leo Trotzki von Stalins Agenten ermordet

Am 20. August 1940 wurde Leo Trotzki im mexikanischen Exil von einem Agenten Stalins mit einem Eispickel erschlagen. Ermordet wurde der Mann, „der das kostbarste und bestorganisierte Gehirn unter seiner Schädeldecke trug, das jemals mit einem Hammer eingeschlagen wurde“, bemerkte der Schriftsteller Arnold Zweig in seinem Tagebuch und fügte hinzu: „An uns ist es, Trotzki's Lebenswerk vor dem Verfall zu retten, der es jederzeit bedroht. Denn dieses Lebenswerk möchte für Trotzki Weltrevolution heißen: Kühl und ohne Schlagworte besehen bestand es in der Ausdehnung der menschlichen Kultur hin zu hundert Millionen Analphabeten oder, wie Lunatscharski es sagte, in einer Veränderung des Ausdrucks in den Augen all dieser Menschen.“

Der am 7. November 1879 als Sohn eines ukrainischen Bauern als Leo Davidowitsch Bronstein geborene Trotzki war in der ersten russischen Revolution 1905 Vorsitzender des Petersburger Arbeiterrates. 1917 schloß er sich den Bolschewiki an und wurde zu Lenins engstem Mitkämpfer. Trotzki organisierte den Oktoberaufstand, mit dem die russische Revolution siegte.

Als Schöpfer der Roten Armee verteidigte er den ersten Arbeiterstaat gegen imperialistische Invasoren und Konterrevolutionäre. Bedingt durch die Man-



gelwirtschaft in dem von Feinden eingekreisten Land konnte in Rußland eine neue Bürokratie entstehen, die in Stalin ihren führenden Repräsentanten fand. Trotzki und die Linke Opposition innerhalb der Kommunistischen Partei kämpften für die Rückkehr zur Rätedemokratie. Gegen Stalins unmarxistische These vom „Sozialismus in einem

Land“ trat Trotzki weiter für die Perspektive der Weltrevolution als einziger Garantie für die Verteidigung der Sowjetunion ein. Wegen seines Kampfes gegen die Sowjetbürokratie wurde Trotzki 1929 aus der UdSSR verbannt und führte seinen Kampf im Exil in der Türkei, in Frankreich, Norwegen und Mexiko fort.

Die privilegierte Bürokratie in Partei und Staatsapparat würde den Sozialismus erwürgen und langfristig wieder zum Kapitalismus zurückführen, wenn sie nicht durch eine politische Revolution der Arbeiterklasse gestützt werde, prophezeite Trotzki 1936 in seinem Buch „Die verraten Revolution.“

Trotzkis Anhänger gründeten 1938 in Paris die IV. Internationale als Weltpartei der sozialistischen Revolution, um den Marxismus vor Verfälschungen durch Stalinismus und Sozialdemokratie zu retten. Aktuell bleibt Trotzki's Aussage aus dem Übergangsprogramm: „Die gegenwärtige Krise der menschlichen Zivilisation ist die Krise der proletarischen Führung“.

Trotzkis Testament

„Dreiundvierzig Jahre meines bewußten Lebens bin ich ein Revolutionär gewesen; zweiundvierzig Jahre habe ich unter dem Banner des Marxismus gekämpft. Wenn ich von vorne beginnen könnte, würde ich natürlich versuchen, den einen oder anderen Fehler zu vermeiden, aber die große Linie niemals ändern. Ich werde als proletarischer Revolutionär, als Marxist, als dialektischer Materialist und folglich als unversöhnlicher Atheist sterben. Mein Glaube an eine kommunistische Zukunft ist heute noch stärker als in meiner Jugend. Natascha hat das Fenster zur Hofseite noch weiter geöffnet, damit die Luft besser in mein Zimmer strömen kann. Ich kann den glänzenden grünen Rasenstreifen unter der Mauer sehen, den klaren blauen Himmel darüber und die Sonne überall. Das Leben ist schön. Die kommende Generation möge es reinigen von allem Bösen, von Unterdrückung und Gewalt und es voll genießen.“

Leo Trotzki, 27. Febr. 1940 Coyoacán

Fortsetzung „Verteidigt die Pressefreiheit“ S. 16

Nikolaus Brauns Arbeit als Journalist ist damit erheblich erschwert: Vorbereitete Artikel können nicht mehr fristgerecht fertiggestellt werden, Termine nicht wahrgenommen werden, Adressen und Telefonnummern nicht mehr aufgefunden werden. Faktisch handelt es sich bei dem Vorgehen des Staatsschutzes um ein halbes Berufsverbot durch die Hintertür.

Es drängt sich der Eindruck auf, hier soll ein kritischer Journalist zumindest zeitweise mundtot gemacht werden. Nikolaus Brauns hatte sich bereits in der Vergangenheit kritisch mit dem Schutz der Polizei für Naziveranstaltungen oder dem polizeilichen Vorgehen bei Demonstrationen – z.B. aus Anlaß der Sicherheitskonferenz – auseinandergesetzt.

Gleichzeitig wird Nikolaus Brauns auch in seiner wirtschaftlichen Existenz schwer getroffen: Er hat bereits jetzt einen beträchtlichen Verdienstaustausfall erlitten. Als Journalist ist Nikolaus Brauns darauf angewiesen, vertrauliche

Informationen zu erhalten. Landen diese umgehend beim Staatsschutz, wird er in Zukunft von solchen Informationen abgeschnitten sein. Die pauschale Beschlagnahme aller Aufzeichnungen von Nikolaus Brauns ist auch in diesem Sinne ein Angriff auf die Pressefreiheit.

Durch seine engagierte Arbeit ist Nikolaus Brauns auch in das Visier der Neonazis geraten. Schon seit längerer Zeit veröffentlicht Roland Wuttke Steckbriefe bekannter Münchner Antifaschisten auf Flugblättern und im Internet, darunter auch von Nikolaus Brauns. Nun übernehmen die Münchner Polizeibehörden unkritisch die Darstellung der Neonazis über den Vorfall im „Waldfrieden“.

Dies hat Neonazis bundesweit zu neuen und verstärkten Drohungen gegen Nikolaus Brauns ermutigt: Auf Neonazi-Websites wird offen darüber diskutiert sich zu bewaffnen und Nikolaus Brauns zu überfallen.

Welche Zukunft hat Europa?

Brauchen wir ein anderes Europa oder ein sozialistisches Europa

Suphi Toprak

Ein Teil der Linken in Europa ist auf der Suche nach einer neuen gesellschaftlichen Bewegung. Sie soll vielen eine kritische Haltung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung gegenüber ermöglichen, ohne daß sie mit dieser Ordnung brechen müssen.

In Deutschland wird gerade der Versuch unternommen, mit Hilfe unterschiedlichster politischer und sozialer Kräfte auch hier ein Sozialforum zu etablieren. Damit soll den herrschenden Verhältnissen endlich eine alternative Politik gegenübergestellt werden. Vom 21. bis 24. Juli fand in Erfurt das erste deutsche Sozialforum statt. Das Sozialforum wird von vielen Organisationen getragen, unter anderem Attac und Gewerkschaften. Die teilnehmenden Organisationen weisen große Unterschiede in ihren politischen Zielen und der Programmatik auf, was sie aber verbindet, das ist vage Vorstellung „eine andere Welt“ sei möglich. Auf Europa angewandt, heißt das: „Ein anderes Europa ist möglich.“

Was ist das „andere Europa“?

In den letzten 25 Jahren wurde eine Wende von der keynesianistischen Politik zur neoliberalen Wirtschaftspolitik vollzogen: die erkämpften sozialen Rechte der Lohnabhängigen wurden nachhaltig beschränkt, ein Ende dieses Prozesses ist vorerst nicht zu sehen. Der Widerstand dagegen hat sich in vielen Demonstrationen manifestiert, die verschiedenen Strömungen der Linken opponieren gegen diesen Prozeß.

Das Konzept eines „anderen Europa“ beruht zunächst einmal auf der Ablehnung des Neoliberalismus. Das ist die positive und aktive Seite dieser Bewegung und auch der Grund, warum viele Leute sich an diesen Protesten beteiligen. Andererseits zeigt diese Bewegung keine Wege auf, die Ursache des Übels zu beseitigen. Man nimmt statt dessen Rückgriff auf die unklaren und letztlich gescheiterten linkssozialdemokratischen Konzepte der frühen 70er Jahre. Die Alternative zu der neoliberalen Politik in Form des unbestimmten Konzepts eines „anderen Europa“ wirft mehr Fragen auf als es

Antworten gibt. Denn man scheut sich, das Wort Revolution in der aktuellen Diskussionen zu verwenden.

Daher wenden uns gegen das Konzept, des „anderen Europa“. Das ist eine Antwort bestimmter Kreise auf die neoliberale Politik des europäischen Kapitals und seiner politischen Vertreter. Durch gesellschaftliche Reformen soll man angeblich zu einem demokratischen, sozialen und gerechten Europa gelangen. Das „Nein“ in Frankreich und den Niederlanden wird als ein „historischer Sieg“ gefeiert. Die politische Agitation soll nun um das Konzept des „anderen Europa“ vorangetrieben werden. In diesem Zusammenhang müssen wir uns zunächst über den Charakter des bestehenden Europas klar werden.



Was ist die Europäische Union?

Das Wesen der EU ist durch ihre Struktur, Ziele und Gründungsmotive bestimmend. Bei der Gründung stand zunächst die Bildung eines stabilen Blocks gegen den sowjetischen Einflußbereich der direkten Kontrolle des internationalen Kapitals entzogen war im Vordergrund. Diese politischen Interessen der imperialistischen Siegermächte des zweiten Weltkriegs wurden bald von den wirtschaftlichen Interessen der europäischen Bourgeoisie überlagert: Die nationalen Schranken der Länder wurden faktisch abgeschafft, so daß sich Arbeitskräfte und Kapital frei bewegen konnten.

Fand der ursprüngliche Prozeß der europäischen Zusammenarbeit noch mit tatkräftiger Unterstützung der USA und im Schatten der US-amerikanischen Militärvormacht statt so ist die EU heute mehr den je gezwungen ihre wirtschaftliche Stärke auch militärisch weltweit abzusichern.

Die EU ist daher ein imperialistisches Projekt, daß sich heute auch im Widerspruch zum US-Imperialismus entwickelt. Deshalb muß die EU heute die Produktionskosten senken und ein weltweit operierende europäischen Militär aufbauen, um im kapitalistischen Ausbeutungswettbewerb mitzuhalten. Dies geht nur durch Einschränkung der Rechte der Lohnabhängigen, mit Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzungen. Das ist der eigentliche Prozeß der neoliberalen Politik, die Ursachen der neoliberalen Politik liegt in den Notwendigkeiten imperialistischer Politik begründet.

Gerade in dieser Lage wird die Losung von einem „anderen Europa“ laut. Die Hoffnung vieler progressiver Kräfte, aus diesen elenden unmenschlichen Verhältnisse auszubrechen, wird regelrecht in dieser Losung zertreten

Von der imperialistischen Struktur der EU ist keine Rede mehr. Es wird so dargestellt, als ob die EU in bösen Händen wäre, und wenn nur die Richtigen die EU lenken würden, würde man das gerechte Europa erreichen. Das Problem sind jedoch nicht die falschen Politiker, sondern die kapitalistische und imperialistische Grundlage der EU. Solange diese weiter besteht, wird Gerechtigkeit nichts als eine leere Phrase des harmlosen Widerstandes sein. Nur durch die Enteignung der Produktionsmittel und die politische Herrschaft der Arbeiterklasse kann ein besseres Europa aufgebaut werden. Das heißt im Klartext: die sozialistische Revolution ist die notwendige Voraussetzung eines besseren Europa.

Es ist eine kritische Strömung gegen den Neoliberalismus unter dem Mantel der Sozialforen in verschiedenen Formen in diversen Länder zu beobachten. Die Beschränktheit dieser Bewegungen ist einfach die Beschränktheit ihres Denkens über ihre Ziele. Es ist nicht möglich mit einer Steuerreform die Welt zu verbessern. Um die Welt zu verbessern, haben die Arbeiter und Lohnabhängigen nur eine einzige Möglichkeit: die Überwindung der kapitalistischen Ordnung und den Aufbau des Sozialismus.

Suphi Toprak

Im Delirium: Die Linke und die Wahlen

Während es früher hieß, "Wenn Wahlen etwas verändern könnten, wären sie verboten", berauscht sich ein Großteil der Linken hierzulande täglich an den neuesten Umfrageergebnissen. Nachdem dabei die Zehnprozentgrenze durchbrochen ist, gibt es kein Halten mehr: Eifrigst werden schon Parlamentssitze und andere Pöstchen verteilt, ja und 2008 könnte der ein oder andere dann sogar Minister werden. Alles natürlich nur zum Wohle derjenigen, die bisher ohne Stimme bleiben mußten, den Millionen Opfern von Rot-Grün und des entfesselten Kapitalismus.

Viele, die jetzt die Trommel für die Linkspartei rühren, sangen einst "Es rettet uns kein höheres Wesen, weder Kaiser noch Tribun". Heute sollen wir gleich von zwei Tribunen vor dem Neoliberalismus gerettet werden: Gregor und Oskar sollen es für uns richten.

Dabei ist es erstaunlich, daß gerade diese beiden inzwischen von weiten Kreisen der deutschen Linken als Hoffnungsträger angesehen werden. Oskar Lafontaine machte über Jahrzehnte jede Wendung der SPD mit: von der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich über die Abschaffung des Asylrechts hin zur Neuen Mitte von 1998. Die Partei von Kanzler Schröder lohnte es ihm mit dem Vorsitz und dem Posten des Finanzministers. Zu solch hohen Würden brachte es ein Gregor Gysi nicht ganz. Immerhin schaffte er es bis zum Wirtschaftsminister in Berlin, heute scheint schon vergessen, daß er dieses

Amt verließ, weil er selbst für einen bürgerlichen Politiker zu üppig von der allgemeinen Korruption profitierte.

Es ist zwar bezeichnend, daß gerade diese zwei Karrieristen das öffentliche Bild der Linkspartei prägen, jedoch ist es letztlich zweitrangig, ob bürgerliche Politik von Scharlatanen oder persönlich integren Menschen durchgesetzt wird. Entscheidend sind die Programmatik und die politische Strategie zur Durchsetzung der Ziele.

Während sich PDS-WASG wochenlang im Stile der Marketingabteilung eines Waschmittelkonzerns öffentlich über den zukünftigen Namen den Kopf zerbrachen, bleiben die Ziele der Partei eher schemenhaft. Es wird lediglich der Eindruck vermittelt, man wolle zurück zu den guten 70er Jahren des Kanzlers Willy. Tatsächlich stieß aber die Reformeuphorie der frühen 70er Jahre sehr schnell an die Grenzen des real existierenden Kapitalismus und statt „Mehr Demokratie wagen“ und Mitbestimmung hieß es sehr schnell Berufverbote und Massenarbeitslosigkeit. Diese Rezepte der 70er Jahre sind heute mehr denn je utopisch.

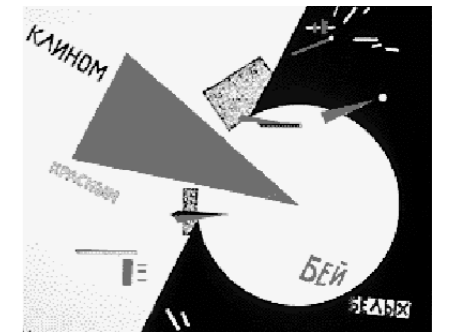
Utopisch ist auch der Weg dorthin: Die Wahlalternative WASG trägt ihr Programm schon im Namen. Tatsächlich wurden aber selbst die Reformen der frühen 70er weniger durch die sozialliberale Mehrheit im Parlament möglich gemacht, als durch die Kampfkraft der Arbeiterklasse: von den unabhängigen Streiks im September 1969 über die

Streiks der Metaller im Südwesten hin zum ÖTV-Streik 1974.

Die Marxistische Initiative kann und will sich daher der allgemeinen linken Besoffenheit nicht anschließen. Eine Handvoll linker Clowns im Parlament wird niemals in der Lage sein, ein Wirtschaftssystem zu stürzen, in dem der Reichtum der wenigen auf der Armut der vielen beruht. Erst wenn die Lohnabhängigen sich selbst organisieren und gegen Unterdrückung und Ausbeutung aktiv werden, besteht die Möglichkeit einer wirklichen Veränderung.

Wir haben uns in der Marxistischen Initiative zusammengeschlossen, um – zusammen mit Gleichgesinnten – einen Grundstein für eine solche Veränderung zu legen. Wir wissen, daß uns dafür keine weichen Parlamentssitze in Aussicht stehen, dafür aber die einzige realistische Chance, eine Ordnung zu erreichen, in der alle Menschen befreit leben und Anteil am Reichtum der Gesellschaft haben können.

Ron B. Stein



Wie links ist Oskar?

„Das Herz schlägt links“, erklärte Oskar Lafontaine einmal. Doch wie links ist der neue Frontmann auf der Wahlliste der selbsternannten Linkspartei wirklich?

Rassistische Ausgrenzung als Programm

Vor rund 1.500 Zuhörern hatte der frühere SPD-Vorsitzende Mitte Juni auf einer Montagsdemonstration in Chemnitz erklärt, der Staat müsse verhindern, „daß Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter zu

niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen“. Vor allem von liberaler Seite wurde Lafontaine Rassistismus vorgeworfen, da der Begriff „Fremdarbeiter“ während der Nazidiktatur für ausländische Zwangsarbeiter verwendet wurde. Doch nur wenige sahen, daß Lafontaines Äußerung noch weit übler war. Anstatt deutsche Unternehmer, die ausländische Arbeiter zu Sklavenlöhnen für sich arbeiten lassen, anzugreifen, gab Lafontaine den Ausländern die Schuld am Arbeitsplatzverlust. Damit ist er nahe an den NPD-Lösungen von „Ausländern, die uns die

Arbeitsplätze wegnehmen“ und der Forderung „Arbeitsplätze nur für Deutsche“.

Daß es sich bei Lafontaines Chemnitzer Rede um keinen Ausrutscher handelte, zeigt ein Blick auf seine bisherige Politik. Durchgehend verfocht Lafontaine einen nationalen, ausgrenzenden Sozialchauvinismus. Nicht der Kapitalismus war und ist für ihn die Ursache von Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit, sondern die „Globalisierung als faule Ausrede“. Immer war es ein angeblicher äußerer Feind, der den

Wohlstand der (west)deutschen Lohnabhängigen bedrohte. Die Feindbilder waren wahlweise rußlanddeutsche Aussiedler, afrikanische Flüchtlinge, Ostdeutsche oder jetzt die polnischen „Fremdarbeiter“.

Vor der Währungsunion 1990 stellte sich Lafontaine gegen die ostdeutsche Forderung nach einem 1:1 Umtausch der DDR-Mark in DM. Selbst die konservative Kohlregierung mußte letztlich vor der Massenbewegung in Ostdeutschland einknicken und dieser gerechtfertigten Forderung zustimmen.

Als 1993 Neonazis in Rostock und anderorts Pogrome und Brandanschläge gegen Migranten verübten und die Unionsparteien in diesem rassistisch verhetzten Klima die faktische Abschaffung des Asylrechts betrieben, setzte Lafontaine innerhalb der SPD die Zustimmung zur Verfassungsänderung durch. Folgerichtig unterstützt er jetzt in der BILD-Zeitung die von Bundesinnenminister Schily in Zusammenarbeit mit den autoritären Regimes in Marokko, Tunesien und Libyen betriebene Errichtung von Internierungslagern für Flüchtlinge in Nordafrika.

Im saarländischen Landtagswahlkampf 1996 begann Lafontaine eine Neid- und Hetzkampagne gegen Aussiedler. In einem solchen Klima überfielen Unbekannte in Pirmasens ein Wohnheim von Rußlanddeutschen und schlugen mehrere Aussiedler brutal zusammen.

Folterdrohung als sittliches Gebot

Schon nach den Anschlägen des 11. September in den USA hatte Lafontaine erklärt: „Offene Gesellschaften brauchen einen starken Staat. ... Die Verächtlichmachung des Staates muß ein Ende haben.“ Daß dieser Staat in Sonderfällen sogar Folter anwenden darf, dafür plädierte Lafontaine in seiner BILD-Kolumne. Er verteidigte den Frankfurter Polizeichef Daschner, der einem Kindesentführer „Schmerzen, wie er sie noch nie erlebt habe“ androht und einen „Folterexperten“ der Polizei holen ließ, um ein Geständnis zu erpressen. „Ich würde es als Katastrophe für den Rechtsstaat ansehen, wenn dieser Beamte bestraft würde, denn nach meiner Auffassung hat er nach elementarsten sittlichen Geboten unsres Rechtsstaates gehandelt“, rechtfertigte Lafontaine das Handeln des Polizisten in einer „Ausnahmesituation“. Daß Lafontaine kein Freund demokratischer Grundrechte ist, zeigte er

bereits als Ministerpräsident des Saarlandes. Um seine Kritiker mundtot zu machen, schränkte er damals mit dem strengsten Pressegesetz Deutschlands die Pressefreiheit stärker ein, als jedes andere Bundesland.

Zwangsarbeit

Lafontaines Gegnerschaft zu Hartz IV und der Agenda 2010 ist heuchlerisch. Schließlich führte er als erster SPD-Oberbürgermeister vor 20 Jahren in Saarbrücken Zwangsarbeit für jugendliche Sozialhilfeempfänger ein. Als erster – noch vor den konservativen Politikern – trat Lafontaine seit Ende der 80er Jahre für flexiblere Arbeitszeiten, längere Maschinenlaufzeiten und Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ein. Unter seinem Vorsitz



forderte die SPD im Programm zur Bundestagswahl 1998 einen staatlich geförderten Niedriglohnsektor mit Arbeitszwang für Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose. Als Bundesfinanzminister forderte er – noch gegen den Widerstand der SPD – Arbeitslosenunterstützung nur noch an Bedürftige auszahlend. Heute will Lafontaine den Abbau der bestehenden Sozialsysteme nicht stoppen, sondern nur besser verkaufen. Daher sollen auch die Reichen ebenfalls zur Kasse gebeten werden, wenn die Massen den Gürtel enger schnallen müssen.

Sozialreformen waren für Lafontaine stets ein Mittel, soziale Konflikte einzudämmen und die Bevölkerung zu kontrollieren, statt sie zu emanzipieren. Wie der Teufel das Weihwasser, so scheut Lafontaine jede selbständige Bewegung von Arbeitern und Arbeitslosen. In Erinnerung bleiben die Bilder von Lafontaine, der sich 1998 mit den revoltierenden Ruhrbergarbeitern scheinbar solidarisierte, um ihre Proteste zu stoppen und sie auf die Bundestagswahl zu verdrängen. Als er sich 1999 als Bundesfinanzminister mit einer

keynesianischen Finanzpolitik nicht gegen den „Genossen der Bosse“ Gerhard Schröder durchsetzen konnte, trat Lafontaine lieber zurück, anstatt in Betrieben und Gewerkschaften nach Unterstützern zu suchen.

Anstatt die sozialen Proteste auszuweiten, stellt sich der selbsternannte Volkstribun Lafontaine an die Spitze der Bewegung, um die gerechtfertigte Wut vieler Menschen über Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in die parlamentarische Sackgasse zu führen.

Sozialdompteur PDS

In den fünf ostdeutschen Bundesländern spielt die PDS mit ihrem Star Gregor Gysi schon seit 15 Jahren diese Rolle als Sozialdompteur. Der Ausverkauf der DDR fand unter der Führung der PDS-Vorgängerpartei SED statt. Anstatt dem Ruf vieler Menschen innerhalb und außerhalb der SED nach einem erneuerten Sozialismus und der Verteidigung der sozialen Errungenschaften der DDR zu folgen, gab der letzte Ministerpräsident der DDR, Hans Modrow, die Losung „Deutschland einig Vaterland“ aus. Von ihrer Führung verwirrt war die Basis der SED nicht in der Lage, sich gegen die Zerschlagung der sozialen Errungenschaften und den milliardenfachen Raub von Volkseigentum durch die Treuhänder zu stellen. Es ist der PDS zu verdanken, daß der Frust vieler Ostdeutscher über ihre Enteignung und Erniedrigung sich nicht in größeren Protesten Luft machte. Statt dessen wurden auch viele subjektive Sozialisten durch die PDS Stück für Stück mit dem bürgerlichen Staat versöhnt.

Als Regierungspartei in den Ländern Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zerschlägt auch die PDS den Sozialstaat und setzt Hartz IV um. Ausdrücklich befürworten Berliner PDS-Senatoren sogar das Prinzip „Fördern und Fordern“ von Hartz IV, mit dem 1-Euro-Lohndumping und Zwangsarbeit. Auch in ihrem neuen Parteiprogramm hat die PDS längst ihren Frieden mit dem Kapitalismus gemacht. Unternehmerinitiative wird als innovative Kraft anerkannt und der Kapitalismus mit einer positiv gesehene „Moderne“ gleichgesetzt. Statt das Privateigentum an Produktionsmitteln anzugreifen, schwafelt das Programm nur noch von ominösen „Freiheitsrechten“.

Um die Koalition mit der SPD im Berliner Senat nicht zu gefährden, enthielten sich die PDS-Senatoren bei der

Afrob, die Brothers Keepers, hatte der „Grüne Paß“ von Advanced Chemistry thematisch jemals die Chance gehabt, nicht aktuell sein zu können?

Küßt sie die Muse doch täglich, was sich unweigerlich und unmißverständlich in ihren Texten ausdrückt/. „dies hier geht raus an alle Schwarzafrikaner denkt nicht ihr seit zu minder denkt nicht das wäre euer Charma... (Afrob) /Afrob ergreift Themen in seinen Lyrics, die ihn Schritt für Schritt verfolgen. In dieser dogmatisch wirkenden Subkultur rapt man ausschließlich über die Gesellschaft. Seine Interpretation der Dinge, der Einflüsse. Geht Afrob durch deutsche Strassen tut er dies als Afro-Deutscher. Als Mitglied einer Minorität. Sein Handlungskonzept besteht im wesentlichen im

Verständnis verschiedener Kulturen und gleichzeitiger Zusammenführung.

Fler ist also real. Zwar nicht gerade der beste Gesprächspartner in Sachen Politik und seiner Verantwortung, aber real. Schließlich liegt der Stoff seiner Metaphern auf der Straße rum. Man muß sich nur berieseln lassen.

Interviews zufolge wehrt sich der 23 jährige Sprechsänger gegen die Rassistmusvorwürfe und produziert eigenhändig den neuen Stoff für geballte „linke“ Fäuste aus der Szene. Flers außer Kontrolle geratenes Selbstbild entspricht der Vermutung, er sei frei von Talent. „Geldgeiles Judenschwein“ soll er einen Produzenten mal genannt haben. Einen anderen Rapper bezeichnete er als „schwulen Zigeuner“, der sich „ganz

kräß mit seiner Sinti-Sippe in den Arsch ficken“ solle. Was zumindest sprachlich zu dem paßt, was Fler auf seiner Platte verkündet. Da wird ohne Unterlaß „gefickt“, „gebumst“, zugeschlagen und erniedrigt.

Kritiker aus der Fanriege sind sich einig. Er ist nicht frei von Schuld, doch befreit von jeglichem Talent. Ein Phänomen, daß uns nach Dieter Bohlen und Konsorten nicht wirklich überraschen sollte. Wer hat uns die Frage gestellt, auf die wir mit vorausseilendem Gehorsam antworten? Wir sind Wer? Wer sind Wir?

Ahmet Özkan

Vater, wo bist du? Vom Verschwinden der Arbeiterklasse

Der folgende Beitrag beschreibt die wundersamen Erlebnisse eines Arbeiterkindes, welches sich plötzlich in den heiligen Hallen einer deutschen Universität wieder findet. Zu seinem über großen Erstaunen muß es feststellen, daß der Beruf eines Professors der Soziologie anscheinend zuförderst darin besteht immer wieder von neuem die Arbeiterklasse verschwinden zu lassen. MI

Ich war erschrocken, als ich erfuhr, daß mein Vater ein neues Auto gekauft hatte. Der letzte Arbeiter, von dem unsere hochgeschätzten Professoren immer verschwommen gesprochen hatten, ist durch diesen Kauf verschwunden. Ich hatte bis vor einem Jahr auch noch einen Bruder. Auch ihn ließen die Soziologen verschwinden, weil er beschloß, in seiner Freizeit Schmetterlinge zu fangen. Früher verschwand man, weil man Schulden hatte, weil man sich vor einer Frau verstecken mußte oder weil man entführt wurde. Heute aber hat die Soziologie eine ganze Klasse – die Arbeiterklasse – verschwinden lassen.

All das kann ich mir nicht erklären, denn ich habe zwei Mitglieder meiner Familie verloren. Es lebe die wissenschaftliche Manipulation. Lügen ist akademisch. Mal raffiniert, mal grob, werden in den Hörsälen die Tatsachen verdreht, das ist die hohe Kunst des wissenschaftlichen Lügens. Oberste Priorität hat die Oberflächlichkeit und

nutzlose Fliegenbeinzählerei. Was waren das noch für Zeiten, in denen mein Vater in dieser ach so modernen Gesellschaft als ein Überbleibsel der vormodernen Gesellschaft täglich 12 Stunden arbeiten mußte. Die Lügen können sich nicht gegen die Tatsachen behaupten, deshalb müssen sie immer wiederholt werden. Die beliebte Methode der Lügenverbreitung ist die Verdrehung und das Ignorieren von Tatsachen. Darauf baut dann ein Theoriegebäude aus Lügen im Mantel der Werturteilsfreiheit auf. All das wird belohnt mit Titeln, Lehrstühlen und Lobpreisungen in der bürgerlichen Presse.

Diese Lügner schulden mir zwei Mitglieder meiner Familie: Vater, wo bist du? Komm bitte nach Hause. Ich habe immer gewußt, es stimmt was mit dem Arbeiter nicht, warum müssen gerade die Arbeiter verschwinden? Ich hatte viele Arbeiter in meiner Umgebung, sie alle existieren nicht mehr. Ihr Leben hat aufgehört. Die Arbeit existiert immer noch, auch die Reichen existieren weiter, wie können sie aber ohne Arbeiter existieren? Die Maschinen sind die Arbeiter, predigt der gelehrte Dozent überheblich. Wer streikt jedoch in den Betrieben, etwa die Maschinen? Wem erzählen diese Geistesleuchten denn, daß die Arbeiterklasse nicht existiert? Meiner Mutter, die wissen soll, daß mein Vater nicht mehr zurückkommen würde?

Die Arbeiterklasse ist der Alptraum aller bürgerlichen Ideologen, denn sie verkörpert das theoretische und praktische Ende ihrer Herrschaft. Weil sie die Arbeiterklasse nicht tatsächlich abschaffen können, flüchten sie sich in das Reich der Phantasien. Schon Heinrich Heine hat das gewußt.

Franzosen und Russen gehört das Land
Das Meer gehört den Briten
Wir aber besitzen das Reich des Traums
Die Herrschaft unbestritten.

Die bürgerlichen Wissenschaftler leben im Luftreich des Traums. Es gilt diesem Traum ein Ende zu setzen. Die Wirklichkeit ist ein sperriges Ding und weckt so manchen Träumer unsanft auf: Mein Vater kam wieder zurück, mein Bruder war wegen einer Frau verschwunden. Die Arbeiter sind hier. Es begann an einem trüben Abend in einer Veranstaltung, in der die Arbeiter als inexistent erklärt wurden. Wer an Lügen glauben möchte, der möge mit einem bürgerlichen Soziologen Bekanntschaft machen. Wer nur einen Schein bekommen möchte, sollte wissen, er erhält letztlich nur Scheinwissen.

Suphi Toprak

Das Wunder von Berlin – Der Neue Deutsche Rap

Man nehme den Schalldämpfer "Popkultur", lade die patriotische Wumme und ballere Schwarz-Rot-Gold drauf los. Magazine wie "Blond" und "Deutsch" haben es vorgemacht. Bands wie Mia kürten den Mittelteil der Liebesparade in Berlin. Es sollten Eier und Tomaten hageln auf Konzerten der Band, die ihren Kaffee deshalb schwarz trinken, weil die Deutsche Flagge es erlaubt. Kein Interesse an einer Deutschpop-Quote im Radio aber dafür eine auf dem Tablett servierte Idee. 1954 nationale Helden, 2004 auf Zelluloid im Flimmerkastensaal. Ein vermeintlicher Reifeprozess, der das Argument zuläßt, man habe sich nun schon lange genug mit der lästigen Schande Deutscher/Nazi zu sein auseinandergesetzt. Mit dem abgewandten Hitler-Zitat "Ab 1. Mai wird zurückgeschossen" bewarb das Berliner Label Aggro Flers Debüt Album NDW. Geschmacklos oder nicht. Aggro Berlin sprang auf den Zug auf und fährt den Karren, solange sie finanziell davon profitieren, auch nicht an die Wand. Aggro verantwortlich für Sido den Maskenmann, Bushido den Rapsoldaten und "Fler den Teutonen", die neueste Comicfigur aus der Hauptstadt, der die Neue Deutsche Welle ungeniert sein eigen nennt und jedem, der Appetit hat, nen Happen Weißwurst und Sauerkraut abgibt. Unter dem Deckmantel der Popkultur genießen nun auch Nationale einen Schattenplatz.

Das "Fler-Konzept" erinnert an die Arbeit einer Full-Size Agentur á la Pop Stars. Ein bißchen Merchandising, kurze Leinen für brenzlige Situationen und reichlich Taschengeld, um den Höhenflug anzuheizen. "Nimm Dir ruhig noch nen Stapel von den Grünen Scheinen, weißt ja wo es ißt".

Rationelles Denken im Halbwertstadium in "Freeze Pose". Der Beweis des Erfolges schließt die Weiterentwicklung des Künstlers aus. Erwartet auch niemand von ihm. Man schlingelt sich irgendwie durch und kriegt dennoch einen guten Abgang. "Schließlich kleistert Flers Name die Top Ten der Nationalen Charts." Das verschafft Respekt. Ehrfurcht imitieren angesagt. Es ist Fler, der Türen öffnet. Sein Dietrich das Nationale Bewußtsein. Die Plattenfirma, deren Leistung am Rande erwähnt Meisterklasse ist, reibt sich hinter den geöffneten Türen die

Hände und zählt in Lauerstellung, in Camouflage gehüllt, im Club gelassene Fuffies. Um so tragischer regnet es in das Gewissen des Zuhörers, wenn er sich plötzlich durch die neue Situation erappt in die Starre der Akzeptanz katalpultiert hat. Nur was ist so neu an dieser Deutschen Welle? Daß sie nun auch noch die harte Schale des sonst für nationale Anklänge resistenten Hip Hop ankratzt?



Sind die hiesigen Medien dem Hip Hop in Sachen Deutschtümelei nicht schon um Jahre voraus? Woher die Witterung für den Erfolg kam, steht in dicken Lettern zwischen den Zeilen! Ein Garant für Quoten sind Reality-Formate, die dem Konsumenten Sympathiepunkte für die Staatsmacht implantieren. Schaltet man den Fernseher an wird "Political Correctness" mit den Füßen getreten. War sie je da? In Talkshows suggeriert man dem Zuschauer, daß Ali aus Halle 2 sein hart verdientes Geld ausschließlich in Gel, Drogen, Frauen und die Leasingrate seines 3er BMWs investiert oder das die Gangster Braut "Ich haue dich platt – Fatma" nichts anderes zu tun hat, als sich nach einem mißglückten Ladendiebstahl vom Kaufhausdetektiv befummeln zu lassen. Zu viele dieser verantwortungslos losgetretenen Stigmatisierungen werden von der Leitkultur als Realität wahrgenommen. Eben weil es "Heute" wieder so einfach ist, den "bräunlichen Zeigefinger" auf Vor- und Großstadt-Gangster zu richten und Kopftuchträgerinnen mit Alditüten hinter ihrem Ehemann herdackelnd zum Abbild der Migranten zu verbannen. Stereotype Bilder, deren Wirkung außerhalb der marginalisierten und diskriminierten Minderheiten verheerende bis hin zu tödliche Folgen haben. Wer sieht es denn Fler alias Patrick nach, daß er sich eben dieser Mechanismen bedient? Außerhalb des Kontext Hip Hop vs. Nationalismus liest sich der Text seiner Debüt-Single wie das schlechte Gedicht eines Rechten Aussteigers bei der

Selbsthilfegruppe. Aber er habe ja türkische Freunde und in seinen Videos laufen Original 36er aus Kreuzberg und Neukölln. Kennen wir diese Art von Alibi-Argumentation nicht irgendwoher?

Da macht es auch nicht mehr viel aus, daß der Beat mich packt. Die Frage ist, wo er mich packt? Am Sack!

"Das ist wie Volksmusik, die Medien boykottieren mich, doch ich werd vom Volk geliebt."

"Die neue deutsche Welle kommt, man sieht die Fahne am Himmel."

"Denn das ist deutsche Musik, das hier ist eure Musik."

"Das ist schwarz-rot-gold, hart und stolz."/

Das Wort "deutsch" kommt im Text ca. 30mal vor. Eine thematische Konzentration, derer sich selbst Nationale zu Gunsten der Kunst entledigt hätten. Trotz der aus Rechter Sicht ideologischen Schwächen des Berliner Goldesels, wird es in faschistischen Breitengraden an softem Applaus sicherlich nicht mangeln. Zumindest ein stiefbrüderliches Nicken ist ihm sicher. Wen interessiert es da noch, ob er Wert darauf legt, braun angenickt zu werden?

In dem dazugehörigen Video sitzt ein erhabener, schwarzer Adler auf Flers Arm. Die Klasse des Nationalen Bewußtseins hat seine Schulaufgaben gemacht und kehrt mit wehenden Fahnen, einem sich aus schmalen Horizont speisenden Intellekt "Heim". Nimmt mit der Verwendung solch eindeutiger Symbolik die Verbannung aus der "wahren Hip Hop „Community“ in Kauf oder hat vom ersten Vers an nicht dazu gehört.

Acts kamen und gingen. Was blieb waren Bilder aus dem Deutschen Alltag, die Realität. Migranten mit Rissen in Achillessehnen, aus U-Bahnen geworfene Papierlose, Diskriminierung am Arbeitsplatz. Immer war der Hip Hop dabei. Nahm sich der Opfer an? Hip Hop als Zwangsneurose, die sich durch ein ausgeprägtes Helfersyndrom ausdrückt? Weit gefehlt! Rap als kühlendes Pflaster kann aus seiner Entwicklung heraus nicht anders, als all die Lügen zu strafen, die sich seiner annahmen, um damit ihren Unfug zu betreiben. Künstler verschwanden aus den Plattenläden, der Alltagsrassismus, dessen sie sich primär angenommen hatten, blieb. Neue Künstler tauchten zornentbrannt auf. Ein

Abstimmung über die Europäische Verfassung. So konnten die Vertreter der Berliner Landesregierung im Bundesrat der neoliberalen und militaristischen EU-Verfassung zustimmen. Im Europaparlament hat sich die dortige PDS-Frontfrau Silvia Yvonne Kaufmann schon lange für die Zustimmung zur EU-Verfassung auch durch die PDS stark gemacht.

Um sich mit der WASG zu vereinigen, war die PDS inzwischen sogar bereit, den „Sozialismus“ auch aus ihrem Namen zu streichen und sich künftig Linkspartei zu nennen. Marxisten sollten dies nicht bedauern, wird dieser Begriff doch so wieder für diejenigen Kräfte frei, die für eine wirkliche Überwindung des Kapitalismus eintreten.

Produkt der Krise

Die selbsternannte Linkspartei aus WASG und PDS bietet Lohnabhängigen, Jugendlichen und Migranten keine Perspektive. Zur Gründung dieser Partei führte nicht etwa ein Aufschwung der Klassenkämpfe. Vielmehr ist die Linkspartei ein reines Defensivbündnis westdeutscher Gewerkschaftsbürokraten und ostdeutscher Staatsbürokraten. Sie ist das Produkt der Krise des Stalinismus im Osten und der Krise der Sozialdemokratie im Westen.

Statt auf eine außerparlamentarische Kampfperspektive, auf die Mobilisierung von Arbeitern, Angestellten, Schülern, Studenten, Arbeitslosen etc. gegen die Agenda 2010 zu setzen, will die Linkspartei im Bundestag für eine soziale Politik eintreten. Selbst, wenn die Linkspartei drittstärkste Kraft werden sollte, bleibt die Frage offen, wie ihre Abgeordneten ohne Druck von außen als Minderheitenfraktion eine reformerische Sozialstaatspolitik durchführen wollen. Wohin der Weg der Linkspartei führen soll, haben Gregor Gysi und Oskar Lafontaine inzwischen verraten. Beide erklärten, mit einer Nach-Schröder-SPD zusammenarbeiten zu wollen. Die Linkspartei soll bis dahin die Unzufriedenen von der Straße holen, um sie anschließend wieder in den Schoß der Sozialdemokratie zurückzubringen.

Hoffnungen und Illusionen

Die breite Zustimmung, die die Linkspartei nach Umfragen bereits heute unter der Wählerschaft gefunden hat, zeigt allerdings, daß in den Augen vieler Lohnabhängiger tatsächlich Platz für eine linke Alternative existiert. In



der Friedensbewegung und den sozialen Protestbewegungen werden nach wie vor Hoffnungen in den Erfolg eines linken Parlamentarismus gesetzt. Viele werden die Linkspartei wählen, um den Herrschenden einen Denkmittel zu verpassen.

Wir meinen, daß sich die neue Wahlpartei durch ihre eigene Politik bald entzaubert. Wenn man sie wählt, sollte man dies tun, um ihr Gelegenheit zur Selbstdemaskierung zu geben. Die neue Linkspartei wird über kurz oder lang in die Regierung streben und "Verantwortung" übernehmen - für die herrschende Klasse, nicht für die Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Um den Desillusionierungsprozeß zu beschleunigen, gilt es, das Wahlbündnis an seinem offiziellen Anspruch zu messen, eine konsequente Oppositionspolitik gegen den Neoliberalismus zu betreiben. Hierzu müßte es eine aktive Rolle bei der Entwicklung außerparlamentarischen Widerstands spielen - nicht zuletzt in den Gewerkschaften, aber auch auf der Straße. Das Bündnis aus WASG und Linkspartei sollte bei seinen oppositionellen Worten gepackt werden.

Für ein sozialistisches Programm

Notwendig ist der Aufbau einer sozialistischen Arbeiterinnen- und Arbeiter-

partei als echter Interessenvertretung der Masse der Lohnabhängigen, die mit einem Übergangsprogramm ohne Rücksicht auf die Logik der Kapitalverwertung die Interessen aller abhängig Beschäftigten, der Arbeitslosen, der Jugend und der von dieser Gesellschaft Ausgegrenzten vertritt und so dem Klassenkampf von oben den von unten entgegengesetzt.

Eine Schlüsselforderung, die wir heute innerhalb und außerhalb der

Gewerkschaften aufstellen müssen, lautet: Für die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände! Für die sofortige Einführung der

30-Stunden-Woche! Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ohne Erhöhung der Arbeitsdichte - bis alle Arbeit haben! Für gewerkschaftliche Kontrollausschüsse zur

Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung in den Betrieben! Treten wir weiter ein für ein garantiertes Mindesteinkommen von 1500 Euro und ein Verbot weiterer Entlassungen. Wenn Großkonzerne wie die Deutsche Bank oder Siemens trotz MilliardenGewinnen Jobs abbauen, ist es höchste Zeit, über ihre Enteignung im Interesse der werktätigen Bevölkerung zu diskutieren.

Gegen eine national bornierte Ausgrenzung, wie sie Lafontaine betreibt, setzen wir konsequenten Internationalismus. Nicht ausländische Arbeiter, die ihre Arbeitskraft zu Billiglöhnen in Deutschland verkaufen müssen, sind unser Gegner. Unser Kampf richtet sich gegen Unternehmen, die diese Menschen ausbeuten und als Lohndrücker einsetzen, um dann die einheimischen Arbeiter besser ausbeuten zu können. Nur im grenzüberschreitenden gemeinsamen Kampf können wir gleiche soziale Standards und Mindestlöhne erkämpfen, ohne uns gegeneinander ausspielen zu lassen. Gleiche und demokratische Rechte für alle, die hier leben, ist eine Schlüsselforderung zur Bekämpfung des Rassismus in Deutschland, denn eine Spaltung der Werktätigen in Deutsche und Nichtdeutsche schwächt unseren Kampf und nützt nur den Herrschenden.

Die revolutionäre, marxistische Linke ist derzeit noch schwach und zu zersplittert, um für die breite Masse der

Arbeiterklasse als faßbare politische Alternative zu erscheinen. Dennoch heißt es, mit dieser Arbeit zu beginnen. Die Reformisten werden diese Arbeit nicht leisten. Und wer heute nicht mit der Arbeit beginnt, wird auch noch

morgen oder übermorgen vor der gleichen großen Aufgabe stehen. Es gibt hierzu keine leichtere oder schneller funktionierende Alternative. Wer sich der Aufgabe stellen will, kann mit uns

den Kampf beginnen. Jede Art von Unterstützung ist willkommen.

Ludwig König

Reformistische Besserwisserei

Der folgende Text ist ein Ausschnitt aus der Erklärung „Reformpolitik oder Sozialismus“, die von der Marxistischen Initiative München und dem Arbeitskreis Marxistische Theorie und Politik Berlin-Brandenburg verabschiedet wurde. Der vollständige Text kann auf unserer Homepage www.ak-marxismus.de gelesen werden. MI

Die Reformisten wollen daran glauben, daß alles nur davon abhängt, die Herrschenden mit Argumenten davon zu überzeugen, daß die Ziele der Reformisten im wohlverstandenen Interesse des Kapitals liegen. Sie glauben, sie können den Kapitalismus besser verwalten als die Kapitalisten und zeigen doch nur, daß sie die Triebkräfte des kapitalistischen Systems nicht verstanden haben. Die Reformisten können und wollen deshalb auch nicht verstehen, warum sich die Kapitalisten nicht mehr auf die Rezepte der Reformisten einlassen wollen. Und sie ignorieren alle Erfahrungen der Vergangenheit.

Der Sozialstaat hatte seine Grundlage in der Wachstumsphase nach dem 2. Weltkrieg. Die historischen Sonderfaktoren, die diese Blüteperiode ermöglichten, vor allem gigantische Kriegszerstörungen und Niedriglöhne, existieren nicht mehr. Angesichts enger werdender Verteilungsspielräume und einer verschärften internationalen Konkurrenz, setzt das Kapital jetzt wieder auf Aufrüstung, eine aggressive Außenpolitik und auf Klassenkampf von oben. Die Vorstellung, man könne nach den Rezepten des Ökonomen Keynes durch die Stärkung der nationalen Nachfrage (staatliche Investitionsprogramme und Stärkung der Massenkaufkraft) den Sozialstaat der Periode des Wirtschaftswunders nach dem 2. Weltkrieg wiederbeleben, ist angesichts offener Weltmärkte (Globalisierung) nicht nur theoretisch fragwürdig.

Wer Kapitalismus sagt, muß auch Neoliberalismus sagen

Obwohl die kaufkräftige Nachfrage auf dem Weltmarkt nicht ausreicht, um die Produktionskapazitäten auf dem Weltmarkt auch nur annähernd auszulasten und obwohl deshalb reine Erweitervestitionen in der Regel nicht auf der Tagesordnung stehen, droht heute selbst großen Konzernen der Untergang, wenn sie ihre Profite nicht maximieren. Es drohen ihnen dann feindliche Übernahmen und die Zerschlagung ihrer eigenen jahrzehntelang gewachsenen halbmonopolistischen Strukturen.

Das bedeutet in der Konsequenz nicht nur die Absenkung von Lohnnebenkosten, weitere Rationalisierungen der Produktion, Verlängerungen der Arbeitszeit, sondern auch den weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit und die Zerstörung des sozialen Netzes vor allem für die Arbeitslosen. Damit kann die Arbeitslosigkeit zur Disziplinierung und Einschüchterung der Arbeitenden und als Instrument zur Durchsetzung von Lohnsenkungen ausgenutzt werden. In allen imperialistischen Volkswirtschaften muß deshalb ein neoliberaler Wettlauf stattfinden. Gewinner ist, wer die Mehrwertrate am schnellsten steigert. Nur, wer diesen Wettlauf immer wieder gewinnt, kann Exportweltmeister bleiben und auf Dauer eine Dirigentenrolle im imperialistischen Konzert spielen. Ein funktionierendes soziales Netz und die Stärkung der Massenkaufkraft sind damit unvereinbar. Wer Politik im Interesse der abhängig Beschäftigten, der Rentner, Kinder, Jugendlichen und Arbeitslosen machen will, wird gezwungen sein, die ganze kapitalistische Maschinerie zu stoppen. Es ist nicht möglich, nur die Laufriechung eines Rädchens dieser Maschinerie umzudrehen. Und wenn Lafontaine erklärt, er wolle dieselbe Belastung der Kapitalisten wie in anderen Ländern, zeigt er, daß er nicht versteht, worum es diesen geht. Die Kapitalisten sind nicht

bereit, den mühsam gegen die eigene Arbeiterklasse erkämpften Konkurrenzvorsprung gegenüber der internationalen Konkurrenz wieder aus der Hand zu geben. Deshalb sind die Rezepte Lafontaines für die Bourgeoisie nur eine Lachnummer.

Noch törichter ist die Auffassung der neoliberalen Sozialdemokraten à la Schröder, Müntefering oder von PDS-Politikern wie Harald Wolf und Stefan Liebich, man könne durch neoliberale Politik ein neues Zeitalter des Reformismus vorbereiten. Die internationale Konkurrenz endet erst, wenn der Kapitalismus abgeschafft sein wird. Wer seine kapitalistische Zukunft sichern will, kann nicht aufhören, sich der Kapitallogik zu unterwerfen. Die einzige Perspektive des Neoliberalismus ist die immer noch marktradikalere Fortsetzung neoliberaler Politik.

Die heutigen Neokeynesianer verschweigen, daß ihr Konzept von der bürgerlichen Politik in den siebziger und achtziger Jahren beerdigt wurde, weil es auch praktisch nicht mehr funktionierte.

Angesichts relativ gesättigter Märkte, d.h. einer durch zunehmende industrielle Überkapazitäten angezeigten tendenziellen Überproduktion, führte die Steigerung der Massenkaufkraft in den siebziger Jahren nicht zu einem selbsttragenden, anhaltenden Wachstum, sondern zu vermehrten Rationalisierungsinvestitionen, zu mehr Kapitalexport, wachsender Arbeitslosigkeit und - zu neoliberaler Politik. Grundlage hierfür war neben der Notwendigkeit der Entlastung des Kapitalmarkts (Zinssenkungen) das allgemein akzeptierte ideologische Postulat, daß nur die Stärkung der Eigenkapitalbasis und eine verbesserte Profitrate die industrielle Produktion und damit die industriellen Neuinvestitionen ankurbeln können. Dies erwies sich als Ideologie im Marx-schen Sinne, als falsches Bewußtsein. Selbst das exportweltmeisterliche deutsche Kapital exportiert nicht soviel, daß

tarfanti olan, Fremdarbeiter (Bu kavram Yabancı isci kavramıdır, yalnız bu deyim, fasist Nazi Almanyasına ait bir deyim, ve aslında emekçiler arasına yerli ve yabancı farkını yaramaktadır.) deyimini kullanabilen bu politikacı, SPD'nin iktidara gelmesine katkıda bulunarak emekçilere zaten yeterince zarar vermiştir, bir daha emekçileri kandırması engellenmelidir.

Almanya ve Avrupa Birliği

Emperyalist merkezlerin önemli noktalarından biri olan Almanya, ikinci dünya savaşı sonrası kaybedilen siyasi ve askeri gücünü tekrar kazanma girişimleri sürdürmektedir, bu sefer Avrupa'nın çoğunluğuna karşı değil, beraber bu politiları sürdürerek. Avrupa bir yandan silahlanırken, diğer yanda kendi işçisinin yaşam şartlarını düşürmek için her türlü neo-liberal politikalarını sürdürmektedir. Böylelikle, dünya pazarında ki paylarını güçlü ordusu ile koruyabilirken, düşürülmüş işçi maaşları ile daha fazla kâr etme imkanı bularak, dünya

pazarlarında ki rakebetin içerisinde, kaliteli ve ucuz iş gücü ile bir adım daha öne daha gitmeyi istemektedir. Bunun sonucu, her gün işlerini kaybeden insanlar, emekçiler arasında ekilen milliyetçi zehirler, yaşamlarında ki kötü şartları sonucunda tedavilere muhtaç kalmış, bedensel ve psikolojik rahatsızlıkları had safhaya ulaşmış emekçilerdir. Bu seçimlerden çıkan sonuçta, işçilerin ve emekçilerin zararına olacaktır. Tüm Almanya çapında alternatifizlik, örgütlük bazında durmaktadır, yeni kurulan sol ittifakın sisteme muhalif bu sol oyları kazanmak için kurulmuş olması, kitleler içerisinde sol alternatiflere yönelik bir eğilim olduğunu göstermektedir, yalnız mevcut sorunlar ancak bir devrimci bir parti oluşumu ile çözülebilir. Önümüzde ki süreç, Almanya başta olmak üzere Avrupa'nın diğer ülkelerinde de devrimci partilerin inşa sürecidir.

Suphi Toprak

www.devrimgci.org



SPD eski Genel Sekreteri Oskar Lafontaine`i bu ittifakın en gözde politikacısı olarak sivilmesi de başka bir hikayedir. İşkencenin ve Afrika`lı mülteciler için Kuzey Afrika`da kurulması planlanan toplama kampı

Devrimci İsci: Avrupa`daki Türkiyeliler Devrimciler Ne Yapmalı?

1. Enternasyonal bir örgütlenmede, tüm devrimci militanlar öncelikle buldukları ülkedeki sınıf mücadelesinden sorumludur. Bugün Almanya başta olmak üzere pek çok Avrupa ülkesinde yaşayan Türk ve Kürt işçiler, esas olarak bu ülkelerdeki sınıf mücadelesinin uzağında, Türkiye`deki sol hareketler açısından lojistik birer güç, birer para kaynağı olarak görülmektedir. Oysa bu işçiler, buldukları Avrupa ülkelerinde en çok sömürülen kesimler içinde yer almaktadır.

2. Avrupa`daki Türkiyeliler işçiler, Avrupa`da Türkiye`de yaşanan suni bölünmelere göre bölünmekte, Alevi-Sünni, Kürt-Türk çatışmalarına dahil olmakta, bu arada buldukları ülkedeki sınıf mücadelesinin uzağına düşmektedir. Oysa, Avrupa`daki Türkiyeliler işçilerin önceliği, Türkiye`deki suni bölünmeler değil, kendi yaşam alanlarındaki sınıfsal sömürü ve buna karşı yürütülen mücadelelerdir.

3. Avrupa`da yaşayan Türkiyeliler işçiler, buldukları ülkelerin en çok sömürülen, en ağır baskı koşulları altında yaşayan kesimlerini oluşturmaktadır. Bu anlamda, buldukları ülkelerde sınıf mücadelelerine katılmaları, dünya devrimci hareketi açısından da vazgeçilmez bir önem arz etmektedir. Çünkü dünya devrimi, işçi sınıfının en çok ezilen kesimlerinin omuzlarında yükselecektir.

4. Türkiyeliler işçilerin Avrupa`daki sınıf mücadelelerinin uzağına bulunmasının temel nedenlerinden biri, Türk ve Kürt solunun enternasyonalizmden uzak kavrayışıdır. Türk ve Kürt solu mevcut statükodan memnun görünmektedir. Bu statüko kırılmak zorundadır; Türkiyeliler işçiler, buldukları ülkelerin devrimci hareketlerinin safında yer almalıdır. 5. Söz konusu konumlanış, uluslararası devrimci hareketi ilerletmek açısından vazgeçilmez bir önem taşımaktadır. Bugün Avrupa`da Fas`tan İran`a ve

Afrika`ya kadar pek çok bölgeden ve ülkeden işçiler ve göçmenler yaşamaktadır. Uluslararası devrimci hareketin örgütlenmesi, sınıf mücadelesinde eşgüdümün sağlanması gibi hedefler düşünüldüğünde, göçmen işçilere büyük görev düşmektedir.

6. Göçmen işçiler aynı zamanda Avrupa işçi sınıfı hareketinin çimentosudur. Göçmen işçilerin aktif olarak katıldığı sınıf mücadelesi, Avrupa`daki ırkçı harekete karşı en önemli panzehir olarak değerlendirilmelidir. Aynı zamanda, farklı Avrupa ülkelerinde sürdürülen sınıf mücadeleleri dikkate alındığında, göçmen işçilerin, özellikle de Türkiyelilerin birleştirici bir etkisi olması son derece doğaldır.

7. Başta Türkiyeliler olmak üzere, göçmen işçiler, devrimci bir enternasyonal inşasının Avrupa`daki en önemli garantisi olabilir. 'Yurtseverlik' kavrayışını aşan işçilerin önünde hiçbir ulusal sınır duramaz...

Almanya`da siyasi durum

Başarısız geçen yedi yılın bedelini Almanya`daki eyaletlerde kaybederek ödeyen sosyal demokrat SPD ve Yeşiller, ülkeyi yeni seçimlere götürmek zorunda kaldı. Hartz IV sosyal haklara saldırı programıyla Neo Liberal politikalarına devam diyen Schröder, erken seçim kararını açıklayarak aynı zamanda bir politik manevra yaparak, en azından seçimlere kadar kendi koltuğunuda garanti altına almak istemiştir, çünkü parti içi muhalefet seçim dolayısı ile susturulmuş durumdadır. Burjuva politikası, işçi sınıfının çıkarı için yapılmaz, mühim olan koltuk sevdasıdır.

Gözünü emekçilerin ekmeğine diken bu hükümet, yaptıkları politikalarla patronların gözdesi durumdadır emekçiler bu iktidarı asla özlemeyecek. Şu an Almanya`da haftalık çalışma saatlerini 40 saate yükseltmek ve daha sonra ki aşamada 50 saate çıkartarak insanca yaşam koşullarının dayanılmaz noktaya getirilmesi amaçlanmaktadır, Almanya genelinde bir çok fabrikada ve iş yerlerinde saatler, ücretler ve sosyal haklar konusunda işçiler saldırıyı maruz kalmış, Schröder ve takipçileri bu konuda patronlara her türlü hakları sağlamışlardır, çünkü patronların daha çok kâr etmesi gereklidir. Kapitalizm`de herşey kâr içindir.

Yeşiller

Hükümetin yeşillere boyanmış kanadı ise, 80`lerde savaş karşıtlığı ve mülteci konusun da aldıkları tavır ve meclis`te giydikleri sportif elbiselerle gündemi yakalmaya çalışmış bir harekettir. İktidara yaklaşık iktidarlaşan, dediklerini unutan, unutulmuş yeşilenen bir hareket olup çıkmıştı. İktidarları sırasında Almanya ikinci dünya savaşı sonrası ilk defa askerleri ile bir savaşa katılmakla kalmayıp, daha sonra bu sayıyı ikiye çıkartan, kendi toprakları dışında 10000` den fazla sömürgeci

askerini besleyen bir hükümetin yeşillendirilmiş kanadına tek bir cevabımız olabilir. Sizin kaderiniz de tarihin çöplüğüdür.

Birlik Partileri

Hükümetin neo-liberal politikaları sonucu oluşan krizinde, Hristiyan Birlik Partileri`de CDU ve CSU, bu fırsatı değerlendirmekte geç kalmadılar. İlk önce Almanya`da ki son 7 yılda ki en keskin mücadelesini, burada ki yabancıların cifte vatandaşlık hakkını engellemek için kampanyalar yaparak, insanları kışkırtarak başarmışlardır, bu kadar sıkı çalışma ile Bayan Merkel`i sportif olarak hazırlayacak olurlarsa, Olimpiyatlarda Bayan Merkel kesin madalya kazanır. Tüm gücünü Patronların borazanlığını yaparak ve

kadar çok yüksek sesle ötmek ki, kimsenin o gürültüde düşünmeye fırsatı olmasın. Bayan Merkel, ekonomik krizlerin nedeni ne Avrupa Birliğinin içinde ki ne de dünyanın herhangi bir yerinde ki emekçilerdir, bunun tek sorumlusu vardır, Kapitalizmin ta kendisidir.

Neo-faşistler

Hitler Almanya`nın hayallerini, başta Alman marksistlerin ve Almanya`da ki yabancıların kanları üzerine kurularak gerçekleştirmek isteyen neo-faşist partiler Almanya`nın belirli bölgelerinde tek güç olmaya başlamışlardır. Metropolerde ise hala anti-faşist cephe gücünü korumaktadır. Yalnız bu faşist yapılanmalar seçim döneminde sisteme muhalifleri kitleleri kendine çekebilmek için elinden geleni yapmaktadır. Faşizme karşı mevsizlerin korunması ve karşı politikalar yürütülmesi devrimci güçler için bir görevdir. Faşistler sokaklara hakim olma mücadelesini başlatmaya çalışmışlardır, bu uğraş kırılarak ancak faşizm durdurabilir.

Lafontaine`in yalanları

SPD icersinde belirgenleşen iki kanadın içersinde sendikacı cenah bundan bir yıl süre önce SPD`den ayrıldılar. Bu kopan grubun tek isteği varsa, o da eski SPD`nin tekrar kazanılması, eski SPD anlayışları ise 1998 yılının SPD`si. Hedef sınırlamasını reformist bir partinin iktidarsızlık hali ile belirlemiş bu yapılanma, adını da ona göre belirlemişti zaten, Seçim Alternatifi ve Sosyal Adalet, Sadece seçim altemnatifi olmak istemelerini normaldir, sınıfsal bir mücadelenin oluşturmadığı bu hareket, yalnızca sendika bürokratlarının partisi olmakla kalacak, bir kac yaşlı adamın, torunlarına ”evladım, bak bu da benim de kurmuş olduğum parti demesinin ötesin de bir geleceği olmayan harekettir. Bu böyle açık olunca,

Taleplerimiz:

Herkese, iş saatlerini düşürerek, aynı maaşla olmak şartı ile iş hakkı

Tüm sağlık ücretleri kaldırılınsın

Almanya yurt dışında ki tüm askerlerini geri çeksin

Almanya Nato, BM ve AB üyeliklerinden hemen çıksın

Tüm ilticaların başvuruları kabul edilsin, en az bir kalifiye işçi kadar bir yardımın bağlanması

Eğitimin ücretsiz olması

Tüm toplu taşıma ücretlerinin kaldırılması

Oturum müsadelerinin,yabancılar için hemen süresiz otuurlara dönüştürülmesi

Cifte vatandaş oldukları için vatandaşlıktan çıkartılanların, bu haklarının geri verilmesi

die Erweiterungsinvestitionen die Effekte der Rationalisierungsinvestitionen auf die Beschäftigung ausgleichen könnten. Es ist notwendig, sich der spätkapitalistischen Realität zu stellen: Die wachsende Arbeitslosigkeit und die Neuentstehung eines breiteren Armutssektors in der kapitalistischen Gesellschaft der imperialistischen Metropolen

ist kein Betriebsunfall des kapitalistischen Systems, sondern gewolltes Resultat der neoliberalen Politik. Keine Variante bürgerlicher Politik kann die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Bekämpft werden nur die Arbeitslosen. Die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Lohnabhängigen durch drastische Arbeitszeitverkürzungen und die Verteidi-

gung der Realeinkommen durch deren Indexierung (regelmäßige Anpassung an Kaufkraftverluste) ist nicht mit der Bourgeoisie durchsetzbar, sondern nur gegen sie. Und dieser Kampf endet entweder in einer Niederlage oder im Kampf für den Sozialismus.

Aus der Marxistischen Initiative

Schriftenreihe Marxistische Theorie und Politik

In den Jahren 1999, 2002 und 2003 fanden in Berlin Lenin-Konferenzen statt, um das theoretische Erbe von W. I. Lenin wieder in die marxistische Debatte zurückzubringen. Veranstalter war der Arbeitskreis Marxistische Theorie und Politik Berlin-Brandenburg mit Unterstützung der Tageszeitung „junge Welt“. Die Referate der drei Tagungen sind jetzt als erster Band der neuen Schriftenreihe Marxistische Theorie und Politik erschienen.

Beiträge von Ingo Wagner, Gerhard Branstner, Dieter Elken, Peter Feist und Hans-Joachim Gutjahr beschäftigen sich unter anderem mit der Aktualität Lenins, dem Zusammenhang von Imperialismus und Krieg, der Frage kommunistischer Organisation, dem historisch-materialistischen Kriegsbegriff, dem Selbstbestimmungsrecht unterdrückter Nationen und Lenins ökonomischen Frühschriften.

Ebenfalls in der Schriftenreihe Marxistische Theorie und Politik erschienen ist der lange erwartete Konferenz-Bericht des im November 2003 veranstalteten Wolfgang-Harich-Gedenk-Kolloquiums zum 80. Geburtstag des 1995 verstorbenen marxistischen Philosophen.

Nach einem Grußwort von Hans Modrow sprach Siegfried Prokop über Harich und die Gründung des Kulturbundes. Hannes Hofbauer beschäftigte sich mit Harichs unorthodoxen Lösungsvorschlägen für den Nahostkonflikt. Über das Verhältnis von Harich zu Ernst Jünger referierte Stefan Dornuf, während Peter Feist sich mit »wechselseitigen Fehlwahrnehmungen« im Nietzsche-Streit Harichs und seiner Kontrahenten beschäftigte. Auf der Veranstaltung hatte der Beitrag Peter Marquardts über die Physik-Diskussion

in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie 1952–56 und Harichs Ablehnung des »Einsteinischen Schwindels« heftige Debatten ausgelöst. Die Herausgeber des Konferenzberichts haben sich daher entschlossen, ergänzend einen Beitrag des Physikers Meno Hochschild zum Thema »Was ist Materialismus im Lichte der speziellen Relativitätstheorie?« abzudrucken.

Jeweils 8 Euro plus Porto: Bestellung über E-Mail: Mhochschild@gmx.de oder Peter Feist, Alt-Friedrichsfelde 35, 10315 Berlin



Lenins großes Gesetz: Tagung zur Aktualität von »Übergangsforderungen«

Übergänge zum Sozialismus waren bereits Anfang letzten Jahres auf einer Tagung von Linken unterschiedlicher Tradition in Leverkusen das Thema. In der „jungen Welt“ wurde der Streit unter »Stalinisten«, »Trotzkisten« und »Brandleristen« fortgesetzt, das eigentliche Thema »Übergangsforderungen« blieb dabei jedoch auf der Strecke. Eine im Leipziger Liebknecht-Haus veran-

staltete Konferenz griff am 4. Juni 2005 nun erneut das Thema der Übergangstrategie auf.

Im Unterschied zur Leverkusener Tagung, die das Thema vor allem historisch abhandelte, beabsichtigten die Einladenden der Leipziger Konferenz - Arbeitskreis Marxistische Theorie und Politik Berlin-Brandenburg, Marxistisches Forum Leipzig und Marxistische Initiative München - das in der frühen Kommunistischen Internationale als zentral angesehene Konzept der Übergangsforderungen für unsere Zeit zu aktualisieren und erste konkrete Schritte zur Erarbeitung eines Übergangsprogramms für Deutschland zu formulieren. Außer den einladenden Organisationen beteiligten sich Anhänger der Gruppen Arbeiterpolitik und Arbeiterstimme, der internationalen sozialistischen Linken (isl), der DKP und PDS, des Marxistischen Dialogs und des RotFuchs an der vom stellvertretenden Leipziger PDS-Vorsitzenden Siegfried Kretschmar moderierten Beratung. DKP-Theoretiker Robert Steigerwald mußte aus terminlichen Gründen absagen.

Übergangsforderungen aufzustellen, hieß den Charakter der Epoche als Epoche des Übergangs zum Sozialismus zu verwirklichen, ordnete Philosoph Peter Feist (Berlin) die Übergangsproblematik in einen größeren weltgeschichtlichen Zusammenhang ein. Weitgehende Einigkeit herrschte darüber, daß sich die Aktualität des Sozialismus aus Lenins Verständnis des Imperialismus als Epoche des »faulenden Kapitalismus« ergebe. Wie Ingo Wagner (Leipzig) ausführte, habe sich durch die Niederlage des realen Sozialismus und die Deformationen in der kommunistischen Weltbewegung allerdings das »Zeitfenster für die Aufhebung des Kapitalismus weiter geöffnet«.

Ein Übergangsprogramm sei eine historische Brücke zwischen den objektiven Voraussetzungen der sozialistischen Revolution und dem Proletariat und seiner Führung. Es führe das Minimalprogramm um Tagesinteressen wie höhere Löhne und bezahlbare Wohnungen mit dem Maximalprogramm des Kampfes für den Sozialismus zusammen. »Als Übergangsprogramm könnte man kurz das System von Übergangsforderungen zur Mobilisierung der Massen zwecks Vorbereitung der Machteroberung definieren«, erklärte Ingo Wagner. Diese aktive Wechselwirkung zwischen den Polen »Bewußtsein der Massen« und »sozialistischem Ziel« zu entwickeln und zu vermitteln und so die innere Dynamik voranzutreiben, hatte Lenin das »große Gesetz der Revolution« genannt.

»Treibt die Forderung in ihrer Konsequenz über den Kapitalismus hinaus? Führt der Kampf darum zum Anstieg von Klassenbewußtsein?«, fragte Feist nach Kriterien für »echte Übergangsforderungen«. Einige linke Gruppen stellten viel zu weitgehende für eine spätere Kampfperiode aktuelle Forderungen auf, kritisierte er. So hatte etwa die trotzkistische Gruppe Arbeitermacht bei der Programmdebatte innerhalb der WASG die Bildung von Arbeitermilizen propagiert - eine Losung, die sich durchaus im klassischen Übergangsprogramm der IV. Internationale von 1938 findet, aber augenblicklich sehr skurril wirkt. Eine Forderung müsse den Werktätigen umsetzbar und wünschenswert erscheinen. So habe Lenin vor der Oktoberrevolution die konkrete Losung »Brot, Land, Frieden« ausgegeben, deren Realisierung in den Kampf um den Sozialismus überging. Das sozialistische Endziel müsse dabei ehrlich benannt werden, da sich die Massen nicht mit Etappenlosungen wie der von der DKP häufig geforderten »antimonopolistischen Demokratie« in den Sozialismus »hineintricksen« ließen.

Dieter Elken (Strausberg) umriß einen Katalog möglicher Übergangs- und Aktionslosungen für Deutschland. Dabei verband er schon im Übergangsprogramm der IV. Internationale von 1938 enthaltene Forderungen, wie eine an die Inflation angepaßte gleitende Lohnskala sowie Vollbeschäftigung durch radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, mit aktuellen Losungen, wie einem nationalen Aufbauplan zur Überwindung der ungleichen Lebensverhältnisse in Ost und

West und einer damit verbundenen Investitionskontrolle durch die Werkstätten.

Manuel Kellner (Köln), Redakteur der Sozialistischen Zeitung, zeigte auf, daß ein Übergangsprogramm entgegen der in DKP-Kreisen oft anzutreffenden Meinung keine trotzkistische Spezialität sei, sondern in der Tradition des 3. und 4. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale von 1921/22 stehe. Damals mußte Lenin gegenüber Ultralinken betonen, daß Übergangsforderungen in den Programmen der kommunistischen Parteien »nicht opportunistisch« seien. In den Mittelpunkt seines Vortrages stellte Kellner die Forderung nach »Arbeiterkontrolle der Produktion«. Im Unterschied zur Mitbestimmung, die Arbeiter mitverantwortlich für das kapitalistische Funktionieren eines Betriebes mache, setze die Arbeiterkontrolle eine Logik von Solidarität und Menschlichkeit gegen Profitlogik.

Der AK Marxistische Theorie und Politik hat auf seiner Homepage den schwer erhältlichen zentralen Beitrag August Thalheimers zum Thema Übergangslösungen in der Programmdebatte der Kommunistischen Internationale veröffentlicht (www.ak-marxismus.de). Ausgerechnet die in der Tradition von Thalheimers KPO stehende Arbeiterpolitik bestreitet heute die Aktualität eines Übergangsprogramms. Herbert Münchow (Leipzig) konstatierte einen beispiellosen Tiefstand der Arbeiterbewegung und des Bewußtseins der lohnabhängigen Klasse. Solange es nicht zu wirklicher betrieblicher und gewerkschaftlicher Gegenwehr käme, könnten Übergangslösungen objektiv nicht am Bewußtsein der Massen anknüpfen und Kommunisten lediglich in den Gewerkschaften um Einfluß kämpfen. »Aber selbst wenn sich die Arbeiterklasse weiterhin auf dem Rückzug befinden würde, wäre ein Übergangsprogramm als propagandistische Vorbereitungsarbeit notwendig. Denn es repräsentiert den Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus«, wies Ingo Wagner diese Einschätzung zurück. Damit eine Losung in der Arbeiterklasse verankert wird, müsse zuerst ein langer propagandistischer Kampf darum geführt werden, verwies auch Elken auf das Beispiel der 35-Stunden-Woche. Jahrelang seien Marxisten, die dies in Flugblättern vor den Betrieben gefordert haben, als Utopisten verlacht worden, bis gewerkschaftliche Massenkämpfe darum geführt wurden.

Von allen Teilnehmern wurde der solidarische Geist der Diskussion betont, die als weiterer Schritt zur Bindung der marxistischen Kräfte in Deutschland gesehen wurde. Die Tagung sei durch die Konkretisierung der Thematik ein Fortschritt gegenüber den Treffen in Leverkusen gewesen, meinte etwa Eckehard Lieberam (Leipzig). Eine Fortsetzung wurde als wünschenswert angesehen. Die Referate der Tagung werden demnächst als Broschüre veröffentlicht.

Ist Revolution überhaupt möglich?

Einführungsseminar in das materialistische Geschichtedenken von Karl Marx

am 24./25. September 2005 in München

Referent: Dipl. Phil. Peter Feist (Berlin)

Samstag: 10 – 13 Uhr: Der historische Materialismus (Theorie der ökonomischen Gesellschaftsformation, Formationstheorien und Produktionsweisen, die materielle Produktion als Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung)

15.30 – 17.30: Die Struktur der Gesellschaft und ihre Organisationsformen (Klassen und Klassenkampf, Staat, Nation, Ideologie, Recht, Religion, Moral)

Sonntag: 10 – 13 Uhr: Diese Welt kann und muß anders werden (Revolutionstheorie, Volksmassen, Persönlichkeit und Geschichte, Masse-Klasse-Partei, Imperialismus, Epoche, Sozialismus, Kommunismus)

14 – 15.30: Freie Debatte zu weiteren Grundfragen der marxistischen Gesellschaftstheorie nach den Wünschen der Teilnehmer

Ort: EineWelthaus, Schwanthalerstraße 80, München

Kursgebühr: 10 € (ermäßigt 2 €)
Anmeldung: marxini@gmx.net

Terror und Staatsterrorismus

Zu den Anschlägen in London dokumentiert die Marxistische Initiative eine Erklärung der Internationalen Arbeiterliga, der wir freundschaftlich verbunden sind. MI

Gestern explodierten mehrere Bomben in öffentlichen Verkehrsmitteln der Stadt zu einer Zeit, in der diese Verkehrsmitteln mehrheitlich von ArbeiterInnen benutzt werden. Die Bombenexplosionen verursachten Dutzende Tote und Verletzte. Zu dem Attentat bekannte sich ein sogenanntes „Europäisches Al Quaida Kommando“.

Die Barbarei und der Horror des Kolonisationskriegs, den Bush und Blair vor mehr als zwei Jahren im Irak begannen, um die imperialistische Herrschaft über dessen reichhaltige Ölfelder zu sichern, breitet sich jetzt in eine der Hauptstädten der Aggressorstaaten aus. So wie es immer ist, machen die imperialistischen Regierungen die Kriege, und ihre ArbeiterInnen erleiden die Konsequenzen. Deshalb kann das englische Volk heute, so wie das spanische am 11. März 2004, seiner Regierung sagen: „ Sie machen den Krieg, wir stellen die Toten“.

Der britische Premierminister, Tony Blair, ist der politische Hauptverantwortliche für das, was geschehen ist. Zusammen mit Bush hat

er versucht, sich hinter der Lüge über die „Massenvernichtungswaffen“ zu verstecken und hat ein viel schwächeres Land angegriffen, überfallen und besetzt. Jetzt versuchen die beiden diese Kolonialsituation zu halten mit Tausenden Besatzungssoldaten und indem sie einen wahren Genozid verüben. Dennoch schaffen sie es nicht, den heroischen Widerstand des irakischen Volkes, das kämpft, um die Eindringlinge hinauszuerwerfen und seine Souveränität wieder zu erlangen, niederzuschlagen. Blairs Schmerz über die Toten der Attentate und seine Verurteilung „der Gewalt“ ist heuchlerisch. Er hat blutige Hände von Tausenden irakischen Opfern, die er nie bedauert hat, und auch von Hunderten jungen britischen Soldaten, die er in den Tod schickte, um imperialistische Interessen zu verteidigen.

Die IAL-VI verteidigt das Recht des irakischen und des palästinensischen Volkes, mit der Waffe in der Hand gegen jene zu kämpfen, die sein Land angreifen. Wir unterstützen diese Kämpfe. Aber wir stimmen mit der palästinensischen Organisation Hamas und der libanesischen Partei Hisbollah in der Verurteilung dieser Attentate überein. Für uns ist das eine doppelt kriminelle Aktion. Erstens weil sie sich, genau wie letztes Jahr in Madrid, gegen

die englischen ArbeiterInnen und ärmeren Schichten richtete, die mehrheitlich ihre Ablehnung der Regierungspolitik gezeigt hatten. Zweitens verurteilen wir diese Art von Aktionen, weil sie der Notwendigkeit, den irakischen und den palästinensischen Widerstand mit dem Kampf der ArbeiterInnen in den imperialistischen Ländern zu vereinen, um Bush und Blair zu schlagen, entgegenstehen. Diese Attentate werden nur Blair nützlich sein, der so versuchen wird, seine Aggression gegen den Irak zu rechtfertigen und die ArbeiterInnen sowie das britische Volk zu täuschen.

Wir solidarisieren uns mit den Opfern der Attentate, aber wir warnen vor den Versuchen der imperialistischen Medien, mit Hilfe solcher Geschehnisse die Gesamtheit des irakischen Widerstands und alle arabischen und muslimischen Völker zu „dämonisieren“. Wir rufen die ArbeiterInnen und die Völker dieser Welt auf, nicht in diese Falle zu tappen. Wir bekräftigen unsere Unterstützung für den gerechten und heroischen Widerstand des irakischen Volkes und seinen Kampf, um die Besatzungstruppen hinauszuerwerfen.

Internationales Sekretariat Internationale Arbeiterliga – Vierte Internationale, San Pablo, 8. Juli 2005

Tötung auf Verdacht: Britischer Staatsterrorismus

Der von Blair und Bush geführte "Krieg gegen den Terror" hat jetzt auch Europa erreicht. Der brasilianische Elektriker Jean Charles de Menezes befand sich mit der falschen Kleidung (weite Hosen, dunkler Mantel) und mit dem falschen Aussehen (ausländisch...!) zur falschen Zeit am falschen Ort (London nach den Bombenanschlägen). Das reichte dem Regime des Staatsterroristen Blair zur Hinrichtung.

Der britische Ex-Polizeichef Lord Stevens verteidigt die Mordstrategie: "Es gibt nur einen sicheren Weg, um einen Selbstmordattentäter an der Tat zu hindern - zerstöre auf der Stelle sein Gehirn." Der Scotland Yard-Chef Ian Blair, der britische Polizeioffiziere in Israel ausbilden ließ, erklärt, man habe von den Israelis gelernt, daß es zum

gezielten Kopfschuß keine Alternative gebe, sobald der Verdacht besteht, daß ein Verdächtiger einen Sprengstoffgürtel tragen und zünden könnte. Da müssen Briten, die ihre ethnischen Wurzeln in den alten Kolonien haben, Schwarze, Asiaten und andere "verdächtige Ausländer" die Tötung von Unbeteiligten schon einmal als Kollateralschaden hinnehmen.

Der Daily Telegraph forderte: "Knallt alle Bombenleger ab!". Die liberalere Presse, so der "Observer", besteht darauf, die Regeln bekannt zu machen, nach denen die Polizei schießen darf.

Dabei sprechen die Fakten für sich. Verdächtig ist, wer fremdländisch aussieht. Gefährlich erscheint jeder Asiate, Muslim, Schwarze oder Südländer.

Unkonventionelle Kleidung reicht notfalls auch. Für das nötige Maß an Paranoia sorgt die durchgeknallte britische Presse. Die freie Bahn für eine terroristische Treibjagd im Inland wird von einem Regime geschaffen, das sich im Irak und anderswo schon lange an staatsterroristische Besatzungsmethoden gewöhnt hat.

Wer dort seine imperialistische Raubpolitik und seine Besatzungsherrschaft mit einem vorgeblichen Krieg der Kulturen und unter Rückgriff auf rassistische Ideologien bemäntelt, kann in den imperialistischen Metropolen nicht demokratisch bleiben.

Dieter Wilhelm, Berlin